



Eingegangene Budgetpostulate für das Budget 2021

(Traktandiert in der Grossrats-Sitzung vom 13./14. Januar 2021)

Postulate zum Budget 2021

1. Erziehungsdepartement, Mittelschulen und Berufsbildung, Erwachsenenbildung, Deutsch und Integrationskurse

20.5486.01

Erhöhung um Fr. 200'000

Begründung:

Der Kanton Basel-Stadt hat eine grosse Migrationsbevölkerung sowohl aus bildungsnahen wie auch aus nicht bildungsnahen Bevölkerungsschichten. Damit eine erfolgreiche Integration gelingen kann, ist der Erwerb unserer Sprache von zentraler Bedeutung. Ein wichtiger Pfeiler der sprachlichen und weiteren gesellschaftlichen Integration sind die Deutschkurse der nichtgewinnorientierten Sprachschulen.

Der Kanton hat in seinem Integrationsprogramm Ziele und Massnahmen festgelegt, die wirkungsvoll sind. Unter anderem unterstützt er diese Integrationsbemühungen indem er allen angemeldeten Migrant*innen unabhängig vom Einkommen eine Kurspreisreduktion gewährt und Personengruppen mit kleinem Einkommen mit zusätzlichen Ermässigungen unterstützt. Diese Massnahmen wirken sehr gut und die Deutschkursanbieter verzeichnen laufend höhere Teilnehmerzahlen. Bereits in den vergangenen Jahren wurde das festgelegte Kostendach für die Deutschkurse ausgeschöpft und der Kanton hat zusätzlich mitgeholfen, diese höheren Kosten zu decken.

Auf das Jahr 2021 reduziert der Kanton nun aber bei den drei grössten Deutschkursanbietern K5, ECAP und ABSM diese Unterstützung und verlangt, dass die Grundpreisreduktion für alle von 30% auf 10% verkleinert werden muss. Mit dieser Reduktion soll erreicht werden, dass mehr Mittel für die individuelle Kursgeldreduktion für einkommensschwächere Kursteilnehmer*innen zur Verfügung steht. Ein grosser Teil der Kursteilnehmenden gehört aber zu dieser einkommensschwachen Personengruppen und so wird diese geplante Reduktion entweder dazu führen, dass vor allem für Kursteilnehmende, in den mittleren Einkommensklassen der Prämienverbilligungstabelle eine Preiserhöhung von bis zu 40% entstehen wird oder dass massiv weniger Migrant*innen einen Deutschkurs besuchen können. Durch diese Einschränkungen werden die erfolgreichen Integrationsbemühungen des Kantons in Frage gestellt und sogar gefährdet.

Durch die aktuelle Coronakrise wird die finanzielle Situation der Deutschkursanbieter noch verschärft. Bedingt durch die Schutzmassnahmen können nur noch Kurse mit kleineren Teilnehmerzahlen durchgeführt werden. Um der grossen Nachfrage gerecht zu werden, braucht es einerseits mehr Kurse und andererseits steigt die Höhe der Subjektfinanzierung pro Teilnehmer*in je kleiner die Klasse ist. Das Kostendach wird so schneller ausgeschöpft. Zudem trifft die Coronakrise gerade einkommensschwächere Migrant*innen stark. Sie sind in der Krise mehr denn je auf gute Deutschkurse angewiesen, da Deutschkenntnisse nebst der sozialen Integration sich klar positiv auf die berufliche Integration auswirken. Deutschkenntnisse erhöhen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zudem sind gerade diese Menschen von der zunehmenden Arbeitslosigkeit stark betroffen. Erschwerend kommt noch dazu, dass durch die Revision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) neu ein zusätzlicher Nachweis von Sprachkenntnissen erbracht werden muss. Dies wirkt sich vor allem bei der Ausstellung bzw. Verlängerung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen aus. Der Druck für Migrant*innen, Deutsch zu lernen und ein Zertifikat vorzuweisen, ist entsprechend gross und soll vom Kanton unterstützt und nicht durch erzwungene Kurspreiserhöhungen erschwert werden.

Franziska Roth

2. Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Personalaufwand (Umsetzung Trinkgeldinitiative)

20.5487.01

Erhöhung um Fr. 151'000

Begründung:

Die Annahme der Trinkgeldinitiative erfordert, dass dem Grossen Rat vom Präsidialdepartement bis spätestens Herbst 2021 ein Umsetzungskonzept zur Erfüllung der vom Volk angenommenen Initiative vorgelegt wird. Dazu ist eine zusätzliche 100%-Stelle für eine/n Projektförderverantwortliche/n (Lohnklasse 15, Stufe 14) in der Abteilung Kultur des PD notwendig.

Jürg Stöcklin, Jérôme Thiriet

3. Präsidialdepartement, Statistisches Amt, Personal- und Sach- und Betriebsaufwand (Fachstelle OGD)

20.5488.01

Erhöhung um Fr. 185'000 im Personalaufwand und Fr. 15'000 im Sach- und Betriebsaufwand

Begründung:

Im Kanton Basel-Stadt gilt, u.a. gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip, seit 2019 der Grundsatz "Open Data by Default", d.h. alle Daten der Verwaltung sind öffentlich zugänglich, soweit deren Veröffentlichung dem Schutz von Persönlichkeits- oder Datenschutzrechten nichts entgegensteht. Zur Umsetzung dieses Grundsatzes wurde nach einer Pilotphase 2019 im Statistischen Amt die Fachstelle Open Government Data (OGD) gegründet, welche das kantonale Datenportal <https://data.bs.ch> aufgebaut und im November 2019 gestartet hat. Dort hat sie seither in Zusammenarbeit mit 28 verschiedenen Verwaltungseinheiten 96 aufbereitete Datensätze veröffentlicht (Stand 14. Dezember 2020), welche maschinenlesbar abgerufen, visualisiert und auch diskutiert werden können. Die Fachstelle OGD nimmt damit schweizweit eine Pionierrolle ein, welche dieses Jahr auch mit einem DINaCon Award ausgezeichnet wurde.

Neben der Veröffentlichung von Datensätzen macht die Fachstelle OGD den Grundsatz "Open Data by Default" innerhalb der Verwaltung bekannt, unterstützt die kantonale Verwaltung in organisatorischer, juristischer und technischer Hinsicht bei der Bereitstellung ihrer Daten und dient sowohl Dateneigner als auch Datennutzer als single point of contact.

Sowohl die bereitgestellten Daten als auch die Dienstleistungen wurden im vergangenen Jahr sehr rege genutzt. Gerade im Rahmen der Corona-Pandemie hat sich direkt gezeigt, wie wichtig frei und einfach verfügbare Daten für die Steuerung, die Kommunikation und auch die Wissenschaft sind. Doch nicht nur Gesundheitsdaten, sondern auch Verkehrsdaten, Umweltdaten und statistische Daten aus diversen Bereichen stossen auf rege Nachfrage bei Medien, Unternehmen, der Wissenschaft und anderen Verwaltungseinheiten, insbesondere da sie auf dem Datenportal übersichtlich und auch für Laien zugänglich präsentiert werden.

Die Verfügbarkeit von offenen Daten ist eine Grundlage für die fortschreitende Digitalisierung, sie schafft Transparenz über das Verwaltungshandeln, fördert die Innovation, ermöglicht Synergieeffekte zwischen Verwaltungseinheiten und privaten Akteuren und reduziert den Kommunikationsaufwand von einzelnen Verwaltungsstellen. Die Arbeit der Fachstelle OGD ist heute mit nur 160 Stellenprozent dotiert und daher stark limitiert. Sie kann angesichts der immensen Datenbestände in der Verwaltung und den zahlreichen Datenanfragen der Nachfrage nicht genügen. Pro Jahr publiziert die Fachstelle OGD aktuell zwischen 40 und 50 aufbereitete Datensätze. Aktuelle besteht eine Pendenz von ca. 30 angefragten und noch ausstehenden Datensätzen. Zudem steht die Erstellung eines allgemeinen kantonalen Daten Inventars aus und die Optimierung der Einbindung in das schweizweite Open Data System.

Um das ausgezeichnete OGD-Angebot des Kantons Basel-Stadt bedarfsgerecht weiterzuführen, die Position des Kantons Basel-Stadt im Standortwettbewerb zu halten sowie den Ansatz der offenen Verwaltungsdaten voranzutreiben und damit auch die Transparenz und Digitalisierung der Verwaltung als ganzes voranzutreiben, wird eine Erhöhung des Budgets für die Fachstelle Open Government Data um Fr. 200'000 (Fr. 185'000 Personalaufwand / Fr. 15'000 Sach- und Betriebsaufwand) beantragt. Dadurch kann die Fachstelle OGD um eine 120%-Stelle inkl. notwendigen Betriebsmitteln erweitert werden und der bestehenden Nachfrage nach OGD entsprochen sowie deren künftigen Potential Rechnung getragen werden.

Christian C. Moesch